

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet voran.

Tagtäglich surfen wir im Internet, sind in Sozialen

Netzwerken aktiv oder kaufen online ein.

Das Internet verändert nachhaltig unsere Kommunikation

und Arbeitsweise und damit zunehmend auch

gesellschaftliche Abläufe. Eine politische Diskussion über

das Internet ist daher unverzichtbar. Chancen müssen

genutzt und die Risiken gemildert werden.

Bisher war die Diskussion sehr einseitig: verbieten und

regulieren! Wir Grüne brechen hier aus - wir sind die

Internetpartei.

Wir kämpfen für einen Breitbandzugang für alle Menschen.

Wir kämpfen für ein freies Internet, ohne permanente

Überwachung durch den Staat oder die Wirtschaft. Und wir

kämpfen für ein rechtsstaatliches Internet, wo Straftaten

verfolgt und Rechte der Nutzerinnen und Nutzer gestärkt

werden.

Dazu gehört, dass alle Menschen die Möglichkeit und die Fähigkeiten haben, sich sicher im Internet zu bewegen.

Dazu gehört, dass alle Menschen Gefahren - aber auch Chancen - neuer Medien kennenlernen. Vor allem die CDU/CSU muss begreifen: Nur weil etwas neu ist, ist es nicht gleich gefährlich oder gehört verboten.

Denn – im Gegenteil - es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe, Medienkompetenz zu vermitteln. Die Menschen mit dem Medium, seinen Chancen und Risiken vertraut machen. Wir müssen damit früh anfangen und dürfen nicht bei Jugendlichen aufhören. Gerade auch viele ältere Menschen brauchen Information und Unterstützung, um sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen zu können.

Nur wer sich bewusst ist, welche Risiken das Internet birgt, kann die riesigen Potentiale für sich nutzen.

Besonders der Datenschutz ist ein Kernthema in der schönen Online-Welt. Jede Nutzerin und jeder Nutzer muss sich im Klaren darüber sein, welche Informationen sie oder er im Internet von sich preisgibt. „Meine Daten gehören mir“

gilt nicht nur in der realen Welt gegenüber dem Staat und Herrn Schäuble, sondern auch im Internet! Datenschutz im Internet muss gestärkt werden, dafür kämpfen wir, liebe Freundinnen und Freunde.

Neben dem Schutz der eigenen Daten, streiten wir für starke Verbraucherrechte - auch im Internet. Viele Unternehmen denken, dass das Internet ein rechtsfreier Raum ist. Aber das ist es nicht! Das Internet darf nicht zum neuen Fangnetz für Betrügereien werden. Darum kämpfen wir für durchsetzungsstarke Verbraucherrechte im digitalen Raum.

Besonders die Anbieter im Bereich Web 2.0 müssen hier in die Verantwortung genommen werden. Seien es Facebook oder StudiVZ. Die Idee, dass man mit einer Mitgliedschaft alle Rechte am eigenen Bild und Wort abgeben muss, ist gefährlich und grundrechtswidrig. Wir appellieren an diese Unternehmen: Kommen sie zur Vernunft! Ein Unternehmenskonzept, das auf eine Bespitzelung der

eigenen Mitglieder abzielt, ist nicht der Weg der Zukunft.

Garantieren sie einen sicheren und

verantwortungsbewussten Umgang mit Nutzerdaten und

echte Profillösungen. Es kann nicht sein, dass Daten wie

Bananen auf dem Großmarkt verschachert werden!

Jede und Jeder von uns hat auch eine soziale und

ökologische Verantwortung im Netz. Nur, weil es schön

glänzt und funkelt, ist es nicht frei von Schadstoffen oder

wurde unter gerechten Bedingungen produziert. Wir streiten

für eine nachhaltige Wissensgesellschaft, für faire

Arbeitsbedingungen und eine ökologische Produktion. Lasst

uns WISSEN nach Afrika schicken, und nicht unseren

Elektroschrott!

Für uns Grüne muss eine zukunftsweisende Internetpolitik

aber gleichzeitig auch die Anerkennung des Mediums in all

seinen Facetten bedeuten. Das Internet vernetzt die Menschen weltweit miteinander. Es ist oft das letzte Sprachrohr von Unterdrückten in den Diktaturen unserer Zeit. Es ist (oft) die einzige Möglichkeit, allen Menschen den Zugang zu Wissen zu ermöglichen. Und es ist ein Medium, worüber jede und jeder die Gelegenheit hat, sich zu entfalten. Eigene Angebote erstellen, abseits des Mainstreams Ideen entwickeln und neue Formen des Wirtschaftens erkunden - Diese Freiheit des Mediums Internet wollen wir wahren. Wir sind nicht bereit, es den einseitigen Interessen des Staates oder der Wirtschaft unterzuordnen. Wir wollen ein neutrales Netz, wir wollen ein freies Internet für alle Menschen, Liebe Freundinnen und Freunde.

Dafür brauchen wir freie Zugänge und freie Informationen. Dies geht nur, wenn wir offene Standards nutzen - Anwendungen, die für jeden frei verfügbar sind. Wir müssen uns lösen von alten Abhängigkeiten. Lasst uns unseren

Kindern Linux beibringen, anstatt sie von Anfang an von Microsoft Produkten abhängig zu machen. Lasst uns KünstlerInnen auf ihrem neuen Weg folgen und offene Lizenzen wie Creative Commons nutzen. Lasst uns Wissen für jeden Mensch verfügbar machen. Wir wollen keine riesigen Wissensmonopole! Lasst uns die Öffentlich-Rechtlichen in die Verantwortung nehmen, ihre Archive zu öffnen. Nur, wenn wir selber diese Offenheit leben, und diese Freiheit der eigenen Entscheidung nutzen, können wir das Internet als Zukunftsmedium fortentwickeln.

Daher kämpfen wir für eine flächendeckende Breitbandversorgung. Wir wollen, dass niemand mehr technisch abgehängt ist. Die Frage, ob man schnell ins Internet kommt oder nicht, ist heutzutage für viele Menschen eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Es muss zukünftig egal sein, wo man lebt - in der Stadt oder auf dem Land. Daher fordern wir den schnellstmöglichen Ausbau von flächendeckender Breitbandversorgung. Alle müssen die Chancen des Internets gleichermaßen nutzen können.

Dem Internet und seinen Nutzern drohen aber auch Gefahren: In Frankreich wird versucht, Nutzern von Tauschbörsen den Internetzugang abzuschalten. In Deutschland wird mit der Vorratsdatenspeicherung jeder Schritt von uns allen im digitalen Raum ohne Verdacht protokolliert. Und Frau von der Leyen möchte hier engagiert gegen Kinderpornografie kämpfen, liefert aber nur falsche Antworten und keine Lösungswege. Diese Vorgehen lehnen wir ab. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, es ist aber eben auch kein Bürgerrechtsfreier Raum.

Lasst uns daher für Alternativen kämpfen. Für eine faire Vergütung von Kreativen im Internet. Lasst uns eine Kulturflatrate einführen, die die Menschen entlohnt, die Kreatives schaffen, und denen den Zugang ermöglicht, die es nutzen - ohne Kontrolle und Kriminalisierung von Millionen Menschen.

Lasst uns engagiert und wirksam gegen Kinderpornografie,

Rechtsextremismus und andere Straftaten im Netz

vorgehen. Nicht die Augen verschließen und den Stoppschild-Vorhang davor zuziehen wie Frau von der Leyen. Lasst uns Wege durchsetzen, die solche Inhalte ganz verschwinden lassen, und die Quellen austrocknet. Durch besseres und mehr Personal, eine stärkere internationale Zusammenarbeit und eine bessere technische Ausstattung in den zuständigen Behörden ist das möglich.

Liebe Freundinnen und Freunde, lasst uns mit diesem Kapitel und diesem Programm vorangehen.

Lasst uns wieder einmal die erste Partei Deutschlands sein, die einem Zukunftsfeld ein eigenes Kapitel in einem Wahlprogramm widmet. Die formuliert, wie eine digitale Welt aussehen muss. Die Gefahren wirksam bekämpfen will. Die mit Vorschlägen wie der Kulturflatrate konkrete Perspektiven für die Zukunft bietet.

Lasst uns Grüne die Partei sein, die für ein neutrales und

freiheitliches Internet kämpft, das Wissen vermittelt und
Bürgerrechte schützt.

Vielen Dank